

## Mikojan-Rede bestürzt die SED

### Ulbricht vier Wochen vor Parteikonferenz schwer angeschlagen

Seit 20 Jahren hat kein Wort aus Moskau die internationalen Kommunisten derart in Verwirrung gestürzt wie Mikojans jüngstes anti-stalinistisches Referat auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Zwei Thesen der neuen sowjetischen Parteiführung bedeuten eine innerparteiliche Revolution: 1. Stalins Lehren waren unwissenschaftlich und verfehlt, und man wird sich wieder auf Lenin orientieren, 2. Der jetzige XX. Parteitag ist der erste echte Parteitag seit Lenins Tod, Titos Bruch mit dem Kominform war gegen diese Erklärung ein kleiner Scherz. Hier werden Dinge angerührt, die entscheidende Konsequenzen in sich tragen.

Auch die von Stalin eingesetzten KP-Chefs, von Maurice Thorez bis Walter Ulbricht, müssen ihre Lehren revidieren. Für die SED ist dies eine Tragikomödie besonderer Art, weil jene Revision vier Wochen vor einer ihrer entscheidendsten Parteikonferenzen erfolgen muß.

Keine kommunistische Partei auf der ganzen Welt — ausgenommen die KPdSU — ist so starr und dogmatisch auf Stalins Lehren aufgebaut wie die SED. Das liegt zum Teil daran, daß die KPD/SED 1945 unter völlig neuen Vorzeichen wiedergegründet werden mußte. Sie besaß keinerlei nationale Eigentradition wie etwa die französische oder italienische KP. Stalins pseudowissenschaftliche Werke über die Formen des sozialistischen Aufbaus dienten der SED als Marschroute für die wirtschaftliche Umgestaltung der Sowjetzone. Sein „Kurzer Lehrgang zur Geschichte der KPdSU“ diente speziell Ulbricht als vielfach mißbrauchte Handhabe bei der Liquidation persönlicher Feinde. In keinem außerussischen Land wurde solch ein Stalinskult betrieben wie im Machtbereich der SED.

### SED-Chef als Parteifeind

Lenin vertrat das Prinzip der kollektiven Parteiführung. Stalin ließ das Führungskollektiv, Lenins Kampfgefährten, erschließen und begründete den

Zentralismus im Parteiapparat. Seine Alleinherrschaft duldete keinen Führer neben sich. Die heute gegen Stalin opponieren, haben gestern noch vor ihm gezittert. Das schließt nicht aus, daß sie heute um so erbarungsloser den „Stalinismus“ ausrotten werden.

Mikojan bezeichnete in seiner richtungweisenden Rede das Abweichen von der kollektiven Parteiführung als parteifeindlichen Verrat. Ulbricht aber hat — eine Stalin-Miniatur — die „Kollektivität der Leitungen“ innerhalb der SED bewußt zerschlagen und seine Mitregenten beseitigt. Die SED ist ein extrem zentralistisch aufgebauter Apparat, dessen Struktur in krassem Gegensatz zu den neuen Lehren aus Moskau steht.

Weiter: Ulbrichts Thesen über den „Aufbau des Sozialismus in einem Teile Deutschlands“ stützen sich auf außenpolitische Erklärungen Stalins nach dem Bruch mit dessen einstigen Alliierten. Mikojan hat diese Erklärungen als falsch verworfen. Ulbrichts Programm für die bevorstehende SED-Parteikonferenz aber ist in allen Punkten auf diesen nun widerlegten Thesen aufgebaut.

In den „ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR“, dem Stalinschen Standardwerk der SED-Wirtschaftswissenschaftler, wird von den

nichtkommunistischen Staaten behauptet, die „Spaltung des Weltmarktes hat den Rückgang der Produktion in diesen Ländern zur Folge“. Ulbricht hat daraus die These von der „unaufhaltsamen Verarmung und Verelendung der Bundesrepublik“ abgeleitet. Mikojan aber erklärt: „Stalins Ausspruch ist falsch und kann uns kaum helfen!“ Was nun? Die gesamte Westpolitik der SED ist auf diesem Dogma aufgebaut...

### Dummheiten übernommen

Mikojan deutete an, daß die Mißachtung der echten Bedürfnisse der Werktätigen“ zu Spannungen führen müsse, für die man die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen muß. Was aber war der 17. Juni? Und wer — wenn nicht Ulbricht — ist hier den eigenen Genossen gegenüber verantwortlich?

Die SED hat alle Dummheiten Stalins übernommen und ausgebaut. Aus den Stalinschen Thesen einer mißverstandenen Nationalitätenpolitik entstand die „Sorbenrepublik Domovina“, Witz einer späteren Geschichtsschreibung. Aus dem Plagiat Stalinschen Größenwahns entstand in einer armen Stadt das Prunkobjekt Stalinallee. Hunderte solcher Beispiele ließen sich anführen. Was bis 1953 in Moskau an Torheiten und falscher Politik zelebriert worden ist — die SED hat wie keine andere KP der Welt diese Torheiten und Irrläufe nachgeahmt.

Man soll nicht prophezeien, was Mikojans Worte in der SED anrichten werden. Eines jedoch steht fest: Mit dem Dogma Stalins wurde auch das Dogma Ulbrichts zerschlagen. Die SED selbst mag sehen, wie sie nun ihre verfahrenen Parteipolitik revidieren kann.

## Moskau wirft Ballast ab

**DT.** Es ist nicht leicht, in der Zone Funktionär und Schulungsleiter der SED und der Mitläuferparteien zu sein. Diesen Eindruck gewinnt man wieder einmal, wenn man den Umfang und Inhalt der Rede bedenkt, die Chruschtschow auf dem 20. Parteitag der KPdSU gehalten hat. Das „Neue Deutschland“ hat diese neueste Verkündung der ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Grundsätze des Kommunismus wortgetreu veröffentlicht. Die Rede umfaßt nicht weniger als 20 Seiten des großen Formats dieser Zeitung. Hübsch zusammengefasst, ergibt das eine stattliche Broschüre. Sie muß nun von allen Mitgliedern „der Partei“ sorgfältig gelesen, auf Schulungsabenden diskutiert und von den Schulungsleitern nach den gegebenen Anweisungen linientreu kommentiert und ausgelegt werden. Vor allem muß sie widerspruchlos als das heute gültige Glaubensbekenntnis des Kommunismus angenommen werden. Das ist für diejenigen, die mit dieser Schulung oder Umschulung befaßt sind, eine körperlich und geistig anstrengende Arbeit. Sie müssen nämlich manches, was sie bisher in die geduldigen Köpfe ihrer Zuhörer hineingehämmert haben, vorsichtig wieder herausnehmen und Neues in sie hineinrichtern.

### Alles war falsch!

Das ist für sie, die seit Jahren in alten Geleisen zu denken und zu sprechen gewohnt sind, keineswegs leicht. Sie müssen zum Beispiel sehr darauf achten, daß sie den Namen Stalins möglichst nicht mehr nennen und auch nichts mehr aus seinen Werken zitieren, deren Wortschatz sie sich so fleißig angeeignet hatten. Was gestern richtig war, ist heute falsch. Es gab einmal eine Zeit, in der es gefährlich war, Lenin zu zitieren, ohne zugleich auch ein passendes Wort des weisen Stalins anzufügen. Das ist nun vorbei. Zahllos sind in der Rede Chruschtschows die Hinweise auf die Lehren Lenins, aber nicht ein einziges Mal hat er sich auf

Stalin berufen. Immer sprach er nur vom „Marxismus-Leninismus“. Den „Stalinismus“ überging er völlig. Er wandte sich sogar mehrfach gegen ihn, indem er zum Beispiel den Persönlichkeitskult verurteilte und auch ankündigte, daß der stalinistische „Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU“ und auch Stalins Werk „Grundlagen des Leninismus“ durch neue Darstellungen ersetzt werden sollen.

Noch schärfer als Chruschtschow hat der stellvertretende Ministerpräsident Mikojan den Trennungsstrich gegen die stalinistische Vergangenheit gezogen. Seine Kritik traf Stalins Politik selbst und manches dazu, was aus ihr entstanden ist. So stellte er fest, daß die Beziehungen zu einigen Ländern sich damals verschlechtert hätten, „und zwar auch durch unsere Schuld“. Mikojan wies auch auf andere Fehlleistungen der äußeren und inneren Politik Stalins hin und beanstandete vor allem, daß einige führende Parteigenossen, die an den Revolutionskämpfen von 1918 bis 1920 beteiligt waren, später zu „Volksfeinden“ erklärt worden seien. Leider hat er keine Namen genannt.

### Chruschtschows Korrekturen

Die Distanzierung vom Stalinismus, die von den heutigen Machthabern des Kreml so deutlich ausgesprochen wird, ist in jedem Fall erfreulich. Ihr praktischer Wert für die innere Entwicklung der Sowjetunion und ihre äußeren Beziehungen wird allerdings davon abhängen, ob den veränderten Anschauungen auch eine veränderte Politik folgt. Eine der Korrekturen, von denen man wünschen möchte, daß sie auch praktische Geltung erlangen, liegt in der Forderung Chruschtschows nach einer „Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit“. Er stellt diese Forderung ausdrücklich der „Atmosphäre der Ungesetzlichkeit und Willkür“ gegenüber, die in den Organen der Staatssicherheit unter Berija geherrscht habe. Wenn man das als eine Wendung zur größeren rechtsstaatlichen Sicherheit und zum Rechtsstaat überhaupt betrachten könnte, dann wäre ein wirklich großer innerer Fort-

schritt der Sowjetunion verheißen, der zu einer weiteren Entspannung in der Welt mit beitragen würde. Aus ihm könnte sogar Pankow dann noch einiges lernen.

Mehr außenpolitischen Bedürfnissen folgt zweifellos die von Chruschtschow vorgenommene Korrektur des marxistisch-leninistischen Leitsatzes, daß Kriege unvermeidbar seien, solange es den Imperialismus gebe. Diese Korrektur ist allerdings sehr vorsichtig. Sie beschränkt sich darauf, die in jener These liegende „verhängnisvolle Unvermeidbarkeit der Kriege“ zu bestreiten, und zwar mit der Begründung, daß sich mit dem gewaltigen Anwachsen des „Friedenslagers“ die Verhältnisse geändert hätten. Die Revision dieser marxistisch-leninistischen These erfolgt im Interesse der von Moskau gepredigten Koexistenz, die ihre Glaubwürdigkeit zwangsläufig verliert, wenn zugleich die kommunistische Doktrin von der Unvermeidbarkeit des kapitalistisch-kommunistischen Krieges erhalten bleibt.

### Ruf nach der Volksfront

Wie der Fuchs auf die Trauben, so hat Chruschtschow auch auf die marxistisch-leninistische Lehre verzichtet, daß der Weg zur Verwirklichung des Sozialismus über die revolutionäre Eroberung der Macht führe. Wenn man von der Sowjetunion absieht, wo besondere Umstände die Entscheidung bestimmten, so ist dieser Weg in keinem der europäischen Länder beschritten worden, die heute kommunistisch sind. Überall war es vielmehr nur die durch den Krieg Hitlers entfesselte Gewalt der Roten Armee, die den Umsturz bewirkte. Es gibt auch kein freies Land in Europa — das gilt selbst für Italien und Frankreich —, in dem der alte Lehrsatz von der revolutionären Eroberung der Macht heute Geltung gewinnen könnte. Der Verzicht Chruschtschows ist also der Verzicht auf etwas, was nicht real ist. Dennoch ist auch dieser Verzicht sehr vorsichtig formuliert. Es sei nicht unbedingt notwendig, so sagte er, daß der Weg zum Sozialismus „unter allen Umständen mit dem Bürgerkrieg

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

## Eine Absage an Dieckmann

### Studenten wollen Kontakt mit der Bevölkerung

Marburg (AP/DPA). Eine Einladung des Präsidenten der Zonenkammer, Dieckmann, zu einem einwöchigen Besuch in die Sowjetzone hat der Verein Deutscher Studenten strikt abgelehnt. Dieckmann hatte zwei Vertreter der Studentenorganisation in Erwidierung eines Protestschreibens zu den Todesurteilen gegen „Abwerber“ eingeladen, damit sie sich ein Bild von dem „Leben in der DDR“ machen könnten.

In dem Schreiben des Vereins Deutscher Studenten heißt es u. a.: „Wir sind nicht gewillt, Ihre Einladung anzunehmen, weil wir aus der Form Ihrer Antwort auf unser Protestschreiben ersehen, daß Sie an einer sachlichen Diskussion nicht interessiert sind. Ferner ersehen wir daraus, daß Sie sich eindeutig hinter die Maßnahmen des Terrors und der Unterdrückung der Bevölkerung Mitteldeutschlands stellen. Wenn wir uns ein Bild von der Lage in der Sowjetzone machen wollen, dann suchen wir den direkten Kontakt mit den Deutschen in diesem Teil unseres Vaterlandes.“

Unlösbar mit EKD verbunden

Greifswald (epd). Ihr Vertrauen zu Bischof Dr. Krum-

## Schwierige Saarfragen

DT. Die Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland, die jetzt Gegenstand deutsch-französischer Verhandlungen ist, unterscheidet sich wesentlich von der gleichen Aufgabe, die nach der Volksabstimmung vom 13. Januar 1935 zu lösen war.

Das nationalpolitische Prinzip der Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland ist als logische Folge der von Frankreich selbst geforderten Volksabstimmung vom 23. Oktober vorigen Jahres nicht umstritten. Seine Verwirklichung aber macht Frankreich von der Erfüllung einer Reihe von Forderungen abhängig, die in den soeben begonnenen Verhandlungen den breitesten Raum einnehmen werden. Dauer und Inhalt der notwendigen Über-

gangsregelung, die mit der Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik beginnen wird, sind ebenso umstritten, wie einige zeitlich über sie hinausreichende Zusatzforderungen Frankreichs, wie z. B. der weitere Abbau der saarländischen Warndt-Kohle, die Saargruben, das Gleichgewicht in der Montanunion und vor allem die mit der Saarfrage überhaupt nicht zusammenhängende Mosel-Kanalisation, die praktisch nur dem betriebswirtschaftlichen Nutzen der lothringischen Schwerindustrie zum Nachteil ihrer Konkurrenten dient. Für die Übergangszeit selbst entsteht die Frage der Fortsetzung des saarländisch-französischen Warenverkehrs, und in Verbindung mit ihm ergeben sich devisenpolitische Fragen.

Dies alles zusammen ergibt also einen umfangreichen Katalog schwieriger Fragen, deren Lösung sehr viel guten Willen und vor allem den Mut zu einer wirklich endgültigen Bereinigung der alten Streitfrage fordert. Nach den zweitägigen Pariser Besprechungen Pineaus und Brentanos werden die Sachverständigen weitere Besprechungen führen — hoffentlich unter Beteiligung des Saargebietes —, deren Ergebnis am 2. März wieder die Minister beschäftigen wird. Ein Abschluß der Verhandlungen ist auch für diesen Zeitpunkt noch nicht zu erwarten. Der Weg zum Ziel ist nämlich weit, und man tut gut daran, sich auf lange und schwierige Verhandlungen einzustellen.

## Die Falschen hingerichtet

### Kommunistische Rehabilitierungen

London (AP). Die auf dem 20. Parteikongreß der KPdSU in Moskau eingeleitete „Rückkehr zur historischen Wahrheit“ und Wiedergutmachung der „Fehler“ Stalins hat zur Rehabilitierung der 1938 von Stalin aufgelösten kommunistischen Partei Polens und ihrer damals in Moskau hingerichteten Exilvertreter geführt.

Wie Radio Warschau in einer Sondersendung bekanntgab, sind

die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Italiens, Bulgariens, Finnlands und des heutigen Polen selbst „zu dem Schluß gekommen, daß die Auflösung der kommunistischen Partei Polens ungerechtfertigt war“. Die Auflösung und die ihr folgenden Hinrichtungen hätten „auf Material beruht, das von später entlarvten Lockspitzeln gefälscht worden war“.

## Brandenburgs Glocken schweigen

### Antwort auf Gotteslästerung

Berlin (epd). Ein ungläublicher Fall von Verhöhnung des Christentums und Gotteslästerung hat die evangelische Kirche der Stadt Brandenburg veranlaßt, einen Bußgottesdienst anzusetzen und die Glocken bis auf weiteres schweigen zu lassen. In den Kirchen wurde am Sonntag eine Kanzelabkündigung verlesen.

Anlaß zu dieser schwerwiegenden Maßnahme gab folgender Zwischenfall: Auf einer öffentlichen Karnevalsveranstaltung in Brandenburg war ein dem Jugendweihe-Komitee angehörender Schauspieler in der Rolle Jesu Christi als Büttenredner aufgetreten. Er parodierte die Kapuzinerpredigt aus Schillers „Wallenstein“ und erteilte schließlich den Anwesenden seinen „Segen“.

Die „Märkische Volksstimme“ hatte in ihrer Nummer vom 15. Februar über die Karnevals-

veranstaltung folgendes berichtet: „Auch der zweite Tag begann mit einem triumphalen Einzug der Obernarren unserer Stadt. Kostüme gab es da zu sehen und Figuren, angefangen von einer theatralischen Lorelei über Fritz Bollmann, Beduinen, Mexikaner bis zum Jesus, der eigens vom Himmel herniedergestiegen kam, um das sündige Volk zu belehren, der aber dem Alkohol nicht abgeneigt war.“

## Auswanderung sinkt ab

Genf (DPA). Die Nachfrage nach beruflich ausgebildeten Auswanderern ist heute bedeutend größer als das Angebot. Auch die Auswanderung aus der Bundesrepublik sinkt dauernd ab.

Diese Feststellungen sind in einem Bericht enthalten, den der Direktor des zwischenstaatlichen Komitees für europäische Auswanderung, Harold Tittmann, der Jahresversammlung dieser Organisation vorgelegt hat. Als Grund für die rückläufige Auswanderung wird die anhaltende Prosperität in Europa angegeben. So finden Arbeiter aus den überbevölkerten Ländern Europas, wie Italien, in anderen europäischen Ländern besser bezahlte Beschäftigung als in vielen überseeischen Einwanderungsländern.

## Griechenland bleibt auf Westkurs

### Absolute Mehrheit für Karamanlis

### Churchill besucht Bonn

Bonn (AP). Der frühere britische Premierminister Sir Winston Churchill wird voraussichtlich im Mai zum ersten Male Bonn besuchen, verlautete am Montag aus unterrichteten britischen Kreisen. Churchill hat bereits zugesagt, den ihm 1954 verliehenen Karlspreis der Stadt Aachen am 10. Mai in Empfang zu nehmen. Er wird anschließend in Bonn mit Bundespräsident Professor Heuss und Bundeskanzler Dr. Adenauer zusammentreffen.

Athen (AP/DPA). Die Nationalradikale Union des Ministerpräsidenten Karamanlis wird wahrscheinlich mit 155 Abgeordneten in das neue, 300 Mitglieder umfassende griechische Parlament einziehen und damit über die absolute Mehrheit verfügen.

Karamanlis befürwortet eine weitere enge Zusammenarbeit Griechenlands mit dem Westen. Gegen seine politische Konzeption hatten sich die oppositio-

nellen Parteien der Rechten, der Mitte und der Linken einschließlich der Kommunisten zusammengeschlossen. Die extreme Linke wünscht einen Austritt des Landes aus der NATO. Die hohe Stimmenzahl für die „Demokratische Union“ wird vor allem auf die Haltung Großbritanniens und der USA in der Zypernfrage zurückgeführt. Griechenland wünscht die Eingliederung der britischen Kolonie Zypern in seinen Staatsverband.

## Moskau wirft Ballast ab

### (Fortsetzung von Seite 2)

verbunden sein werde“. Für eine Reihe von kapitalistischen Ländern sei zwar der gewaltsame Sturz der Diktatur der Bourgeoisie unvermeidlich; aber Chrutschow spendet uns den Trost, daß es in einer anderen Reihe kapitalistischer Länder auch anders gehe: nämlich durch die Eroberung einer stabilen Parlamentsmehrheit. Die Bundesrepublik jedenfalls rechnen wir weder zu den einen noch zu den anderen.

Hier wird zweifellos das Thema angesprochen, das die nächsten Bemühungen der kom-

munistischen Aktion und Propaganda beherrschen wird: der Ruf nach der Volksfront als dem politischen Bündnis der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz zur Mächterschleichung statt der bisher gepredigten Machteroberung. Das ist die Methode Prag oder auch die Methode Pankow. Man möchte sie vor allem in Italien und Frankreich erproben, aber der Appell geht auch an die SPD — in völliger Verkenntnis der Tatsache, daß diese Partei deutsch und demokratisch und deshalb in keiner Weise geeignet ist, von russischen Parteien in Pankow oder in Westdeutsch-

land ins Schlepptau genommen zu werden.

Man kann auch in dieser Verlagerung des kommunistischen Eroberungsdranges von den revolutionären auf die parlamentarischen Wege einen Fortschritt erblicken. Man kann das aber nur dann, wenn es in der freien Welt keinen Staatsmann und keine sozialistische Partei gibt, die auf diese veränderte Taktik hereinfallen. Das ist auch die Voraussetzung dafür, daß Moskau in der Korrektur des kommunistischen Weltbildes, die wir begrüßen, noch weitere Fortschritte macht — daß es Ballast abwirft, um eine größere Bewegungsfreiheit zur Verständigung zu gewinnen.

So sind sie wirklich:

## „Terror — Form der Demokratie“

Dies ist die Kurzbiographie eines KP-Führers, der im Schatten Stalins zur Macht gekommen ist, dessen unkomplizierte Laufbahn in krassem Widerspruch zu seinen politischen Taten steht, und der eines Tages von seinen eigenen Genossen als Alleinschuldiger für alle Taten der SED verurteilt werden kann.

Ulbricht ist 1893 geboren. Sohn eines sozialdemokratischen Schneidermeisters aus Leipzig. Kam als Möbeltischler-Lehrling 1908 zur Arbeiter-Jugend, 1912 zur SPD. Trat bei Ausbruch des Weltkrieges in Leipzig als Exponent der Luxemburg-Liebnecht-Fraktion auf und begründete mit dieser den „Spartakusbund“. Mitglied der KPD seit Gründung, holt ihn Thälmann 1923 in sein Zentralkomitee, dem er nunmehr 33 Jahre hindurch angehört. Politisch unbedeutend, trug er nicht zur Bereicherung des deutschen Kommunismus bei. Nach dem Zusammenbruch des von ihm inszenierten „Mitteldeutschen Aufstandes“ galt er als ausgesprochener „Apparatschik“, der in engem Kontakt mit der Moskauer Komintern Kaderpolitik betrieb.

Als Chef des T-(Terror)Apparates der alten KPD prägte er den Satz: „Terror ist eine besondere Form der Demokratie!“ Nach Ulbrichts Meinung kann die kapitalistische Herrschaft nur durch eine Periode proletarischen Terrors, z. B. in einem Bürgerkrieg, gestürzt werden. In diesem Sinne griff er durch die organisierte Ermordung der Polizeihauptleute Anlauf und Lenk in die Straßenkämpfe des vorhitlerischen Berlins ein.

Nicht zuletzt seine Methoden haben Hitler zur Macht gebracht. Von den Nazis verfolgt, flüchtete er im März 1933 nach Prag, wo ihn die Komintern mit der Koordinierung sämtlicher Emigrationsgruppen betraute. Dieses Amt hat Ulbricht für seine spätere Machtposition genutzt. Er verstand es, die in Paris befindliche Emigrationsleitung bei den Sowjets zu

### WALTER ULBRICHT



diffamieren, angebliche Verräter in der deutschen Untergrundbewegung an die Gestapo auszuliefern und ein Netz der Intrige über die in alle Welt verstreuten Kommunisten zu spannen, das vielen ehrlichen Antifaschisten später zum Verhängnis wurde.

Als Stalin und Hitler paktierten, verteidigte Ulbricht in der Stockholmer Komintern-Zeitschrift „Die Welt“ das Bündnis mit dem Argument, im Interesse der Zerschlagung des Kapitalismus müßten auch die deutschen Arbeiter Hitlers Kampf gegen die Westmächte unterstützen. Dieses heute von der Parteilgeschichte verleugnete Dokument hat in die deutsche Widerstandsbewegung ungeheure Verwirrung getragen und Hitler zahlreiche Kommunisten zugeführt.

### Er wollte Thälmanns Tod

Ulbricht ist auch verantwortlich für Thälmanns Tod. Seine Vorstellungen begründeten jenes Stalin-Edikt, laut dem Thälmann aus „Prestigegründen“ in Deutschland zu verbleiben hatte. Sogar ein realer Befreiungsversuch für den KP-Chef wurde durch Ulbricht hintertrieben. Der Ehrgeizling aus dem KP-Politbüro wußte, warum er Thälmann ausschalten mußte.

Unter Berufung auf angebliche Erkenntnisse Thälmanns ließ er über das Sekretariat Stalin in den folgenden Jahren viele seiner Moskauer Emigrationsgenossen liquidieren. Auf sein Konto kommen rund 40 Vertreter des vorhitlerischen Zentralkomitees. Sein Spanienkrieg-Intermezzo wird von der Parteihistorie zumeist unterschlagen. Ulbrichts damalige Funktion: Die Verschleppung spanischer „Trotzkisten“, unter ihnen die Leitung der antistalinistischen POUM, auf sowjetischen Getreidedampfern in die Sowjetunion.

Stalin wußte, warum er Ulbricht 1945 als ersten deutschen Kommunisten nach Deutschland ließ. Ulbricht war der neue KP-Chef. Thälmann war tot, Pieck eine harmlose Figur, Grotewohl als SPD-Führer und „Einheitsvater“ Pieck waren die Kulisse, hinter der Ulbricht agierte. Ulbricht besaß die größte Macht, die je ein deutscher Kommunist besessen hat. Daß er sie ausschließlich Stalin verdankte, weiß er. Noch 1952 sagte er einem seiner Genossen: „Wenn Stalin mal tot ist, werden wir keine Unterstützung mehr für solche grandiosen Pläne finden!“

### Sein „grandioser Plan“

Dieser „grandiose Plan“ war die Errichtung einer kommunistischen Räterepublik in Mitteleuropa. Sie ist ihm zum Teil gelungen. Den Rest gedenkt er im März, auf der Parteikonferenz seines Lebens, zu verkünden. „Warum lassen die Sowjets diesen Mann‘ gewähren?“ fragen heute selbst alte Kommunisten. Die Antwort: Weil sie sich gegenwärtig noch keinen Wechsel in der deutschen Parteiführung leisten können!

Ulbricht, von der Macht heraus, hat es nie verstanden, die Zeichen der Zeit zu beachten. Seine Schwerfälligkeit hinkt hinter den Ereignissen her. Er wird — und das steht außer Zweifel — einmal ein guter Sündenbock für die deutschen Fehler Stalins sein...

# In den Kolchos durch die Hintertür

Was die „Ständigen Gemeinschaften“ wirklich sind

Seit kurzer Zeit propagieren die ländlichen SED-Leitungen den Eintritt der Bauern in die sogenannten „Ständigen Gemeinschaften“. Angesprochen werden alle jene Bauern, die es bisher konsequent abgelehnt haben, in eine Produktionsgenossenschaft (LPG) einzutreten. Die Partei forciert diese Bemühungen durch eine Zentrale Anweisung an alle MTS, im kommenden Sommer die Arbeiten nach folgender Dringlichkeitsstufe durchzuführen: 1. Arbeiten in LPG, 2. Dienstleistungen für Ständige Gemeinschaften und 3. Hilfe für „werk tätige Einzelbauern“.

Wer in den vergangenen Sommern mit den Maschinen-Traktoren-Stationen seine Erfahrungen sammeln konnte, weiß natürlich, daß dem nichtkollektivierten Bauern kaum eine Unterstützung durch die MTS zuteil werden kann. Auf diese Erkenntnis spekuliert die SED bei ihrer gegenwärtigen Aktion.

## Worin besteht die Gefahr?

Einige Bauern sind der Ansicht, man könne sich innerhalb der „Ständigen Gemeinschaften“ ja mit ein paar „vernünftigen“ Kollegen zusammenschließen, so daß erst gar keine Gefahr besteht, diese Gemeinschaft später in eine LPG umzuwandeln. Ihre Hoffnung stützt sich dabei auf die ursprüngliche Zusage, daß die „Ständigen Gemeinschaften“ in der Regel nicht mehr als fünf bis acht Bauernhöfe umfassen sollen. Inzwischen hat jedoch das SED-Zentralorgan ausdrücklich festgestellt, daß es keinerlei Begrenzung der SG-Mitgliederzahl nach oben geben darf. Dadurch ist folgende Situation entstanden:

Sechs Bauern, die sich untereinander einig sind, geben im Interesse der erwarteten MTS-Unterstützung nach und schließen sich zu einer „Ständigen Gemeinschaft“ zusammen. Nach zwei Monaten hat die SED ein halbes Dutzend Leute gefunden, die sich demnächst zu einer LPG zusammenschließen wollen. Sagt die SED mit Augenzwinkern: „Im Augenblick geht das aus technischen Gründen nicht zu machen. Aber geht doch erst einmal in die ‚SG‘ aus dem Nachbardorf...!“ Die sechs Bauern bekommen nun unerwünschten „Zuwachs“, mit dem sie sich lediglich „ganz lose koordinieren“. Im Verlauf des ersten Sommers stoßen noch

zwei weitere Bauern dazu, und die SED sorgt dafür, daß allmählich ein echter organisatorischer Zusammenschluß erfolgt. Die Hauptarbeiten der Feldwirtschaft, der Drusch und die Ablieferung, alles wird im Kollektiv erledigt. Plötzlich, nach Abschluß der Ernte, erklären die acht nachträglich gekommenen Bauern: „Wir haben uns so gut eingespield, wir gründen eine LPG!“ Die Gründungsversammlung beschließt nach dem Mehrheitsprinzip 3 : 6: „Aus der SG wird nunmehr eine eingetragene Produktionsgenossenschaft!“

Die Gliederung dieser „Ständigen Gemeinschaften“ mit ihren

Schuld- und Lieferungs-Verflechtungen machen es den über-rumpelten Bauern praktisch unmöglich, vor Gründung der LPG rechtzeitig abzuspringen. Sie würden mit einer derartigen Schuldenlast die „Gemeinschaften“ verlassen, daß sie erst gar nicht imstande wären, ihren Hof alleine weiterzuführen.

## „Neubauern“ kommen zuerst

Es ist typisch, daß sich die SED mit diesem „Bauernfang“ zuerst an die „Neubauern“ wendet, die ihren Grundbesitz durch die Bodenreform bekamen. Aus der damals gepriesenen Bodenreform leitet der Staat heute Besitzansprüche ab, die keinesfalls gerechtfertigt sind. Die „Neubauern“ haben in unermüdlicher Arbeit, unter den Schikanen eben jenes Staates, diese Kleinbetriebe in Schwung gebracht und sollen sie nun, wo der Erfolg sichtbar wird, dem Staat zurückgeben. Für die SED aber ist die „Ständige Gemeinschaft“ ein Trick zur Durchsetzung ihres Kollektivierungsprogramms. Ein Trick, den es rechtzeitig zu durchschauen gilt!

# Zweimal Mikojan

Auf dem XIX. Parteitag der KPdSU, Oktober 1952:

„Genossen! Die am Vorabend des Parteitages veröffentlichte geniale Arbeit des Genossen Stalin über ‚ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR‘ erhellt mit dem Licht des Stalinschen Genies sowohl den hinter uns liegenden, historisch höchst bedeutsamen Weg, als auch den Weg vorwärts in die immer greifbarer werdende kommunistische Zukunft... Lob dem genialen Stalin, dem großen Baumeister des Kommunismus! (Stürmischer Beifall.)“

In der neuen Stalinschen Arbeit über „ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, dieser ideologischen Schatzkammer, sind von besonderer Bedeutung die von Genossen Stalin entdeckten und präzise formulierten ökonomischen Grundgesetze des Sozialismus und des modernen Kapitalismus...“

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU, Februar 1956:

„Bei der Analyse des Standes der Ökonomik des modernen Kapitalismus kann uns der bekannte Ausspruch Stalins in den ‚ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR‘ über die USA, England und Frankreich, wonach nach der Spaltung des Weltmarktes ‚der Umfang der Produktion in diesen Ländern zurückgehen wird‘, wohl kaum helfen und dürfte kaum richtig sein. Diese Behauptung erklärt nicht die komplizierten und widerspruchsvollen Erscheinungen des modernen Kapitalismus...“

Es ist jedoch bei dieser Gelegenheit zu bemerken, daß noch einige andere Leitsätze der ‚ökonomischen Probleme‘, wenn man sie genau betrachtet, von unseren Wirtschaftswissenschaftlern gründlich erforscht und vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus kritisch revidiert werden müssen.“

## Lebt man in Moskau besser?

### Sowjets vergleichen mit dem Westen

In der Sowjetunion beginnt wieder ein neuer Fünfjahresplan. Dieses Ereignis nahmen in der vergangenen Woche die Redner der KPdSU vor dem Moskauer Parteikongreß und der Weltöffentlichkeit zum Anlaß, um von den Erfolgen des sowjetischen Wirtschaftssystems zu berichten und Vergleiche mit den westlichen Staaten anzustellen. Dabei kommen diese natürlich schlecht weg.

Die unbestreitbaren Fortschritte der Sowjetunion sind aber kein Beweis dafür, daß es dort ein besseres Wirtschaftssystem gibt, das für die Masse der Bevölkerung mehr zu leisten vermag als die Volkswirtschaften der westlichen Welt. Selbst der Lohn eines Moskauer qualifizierten Arbeiters von vielleicht 1000 bis 1200 Rubel im Monat erscheint mäßig bei Preisen für Herrenschuhe von 320 bis 600 Rubel, für Anzüge von 1200 bis 1700 Rubel, für ein Kilogramm Butter von 25 Rubel, für ein Kilogramm Leberwurst von 26 Rubel, wie sie von deutschen Journalisten anlässlich des Kanzlerbesuches in Moskau festgestellt wurden.

### Großhungern

Wie steht es aber mit dem behaupteten Vorsprung in der Entwicklung der Industrieproduktion, deren Früchte dem Verbraucher etwa nur deshalb vorenthalten wurden, weil die Herren der Sowjetunion das „Großhungern“, den Verzicht auf Verbrauch zugunsten von neuen Fabriken, die ständig weitere Fabriken produzieren, ihren 220 Millionen Einwohnern aufgezwungen haben? Nehmen wir zum Beispiel die Stahlherzeugung 1955 von 45 Mill. t; sie läßt gegenüber einer Roh-eisenerzeugung des zaristischen Rußland von 4,2 Mill. t im Jahre 1912 tatsächlich auf mehr als eine Verzehnfachung in rund 40 Jahren schließen. Selbstverständlich haben die Industriestaaten, die damals schon hoch entwickelt waren, ein solches Wachstumstempo nicht mehr erreicht. Der große Unterschied liegt aber im Ausgangspunkt. Sowjetrußland hat den Industrialisierungsprozeß verhältnis-

mäßig spät nachgeholt, den andere Länder teilweise schon vor dem ersten Weltkrieg hinter sich hatten. Es konnte sich dabei auf technische Kenntnisse und Erfahrungen stützen, die die „kapitalistischen Staaten“ in ihrem eigenen Industrialisierungsprozeß erst mühsam erwerben mußten. Trotzdem sind damals ähnlich stürmische industrielle Entwicklungen erfolgt, wie sie jetzt von der Sowjetunion als weltgeschichtlich einmalig propagandistisch behauptet werden. Beispiele: Deutschland, die USA und zuletzt auch Japan. In nur 30 Jahren, nämlich von 1880 bis 1910, wurde (nach Sombart) die Roheisenerzeugung im Deutschen Reich von 2,7 auf 14,8 Mill. t gesteigert. Die USA erzeugten damals (1880) 3,9 Mill. t, erreichten 1910 schon 27,7 Mill. t und liegen heute bei einer jährlichen Rohstahlerzeugung von etwa 120 Mill. t. Es ist dies, das Zweieinhalbfache der von der Sowjetunion 1955 erzeugten Stahlmenge.

Die Sowjetunion ist auch heute noch industriell viel weniger entwickelt als die Bundesrepublik, von den USA gar nicht zu reden. In den USA erzeugen etwa 12 Prozent der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung mehr Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Rohstoffe, als das Land überhaupt zu verbrauchen vermag; große Überschüsse stehen noch für die Ausfuhr zur Verfügung. In Sowjetrußland ist die Landwirtschaft nach wie vor das Schmerzenskind, das für die geringe Fleisch-, Eier-, Fettversorgung verantwortlich ist, obwohl dort noch mehr als die Hälfte der gesamten Erwerbstätigen beschäftigt sein dürfte.

### Beweis noch schuldig

Seit 1950 will die Sowjetunion eine industrielle Erzeugungssteigerung von 85 Prozent erzielt haben, in der Bundesrepublik waren es gleichzeitig nachprüfbar beinahe 100 Prozent. Dabei bewies aber unsere gleichzeitige starke Ausfuhrentwicklung, deren Schwergewicht auf Fertigwaren liegt, daß die westdeutsche Erzeugung qualitativ den hohen Ansprüchen des

internationalen Wettbewerbs genügt. Die Sowjetunion ist diesen Beweis noch schuldig; denn ihre Ausfuhr in die westliche Welt besteht immer noch wie zu Zeiten des Zaren überwiegend aus Rohstoffen.

Die Achillesferse der Sowjetwirtschaft ist die Vernachlässigung der Wohnungswirtschaft und des Verbrauchers. Je Kopf der auf 220 Millionen gestiegenen Bevölkerung dürfte die Nahrungsmittelerzeugung heute noch geringer sein, als sie 1913 war. Das ergibt sich aus den Statistiken des letzten Fünfjahresplanes.

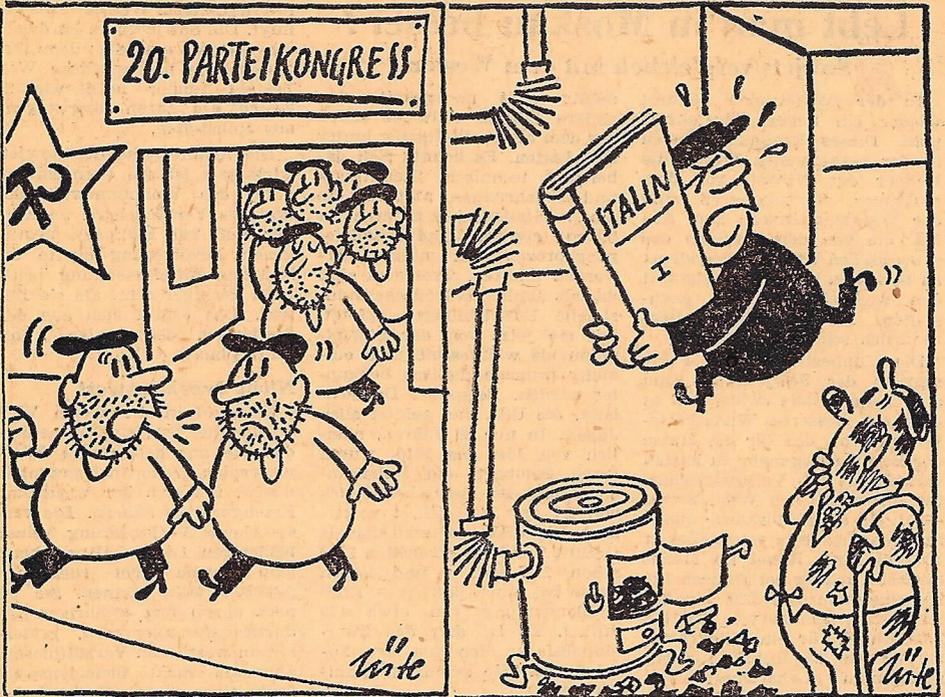
### Nicht beneidenswert

Niemand in der freien Welt wird es der Sowjetunion neiden, daß sie mit dem neuen Fünfjahresplan große Anstrengungen macht, um sich der westlichen Erzeugung zu nähern. Die versprochene Verbesserung seiner bisherigen Lebenshaltung kann man darum dem russischen Arbeiter wohl gönnen. Sie ist nach einem fast 40jährigen Industrialisierungsprozeß, gemessen an westlichen Verhältnissen, durchaus nicht beneidenswert hoch. Über diesen Nachteil des Sowjetsystems, das dem Menschen bisher nur wenig Wohlfahrt brachte, ihm außerdem die Freiheit nahm, darf das Schwellen in vergleichenden Produktionsindexziffern, wie es soeben aus Moskau gehört wurde, nicht hinwegtäuschen.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwachet wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtstofen-Str. 7. Druck: W. Büxenstein, GmbH.



„Auf zum Barbier, Genosse, wer konnte denn ahnen, daß Chrustschow sechs Stunden lang redet!“

„Genosse Heizer, schnell weg damit, ich habe eben die letzten Reden aus Moskau gehört!“



**BILD DER WOCHE:** Die Eiswüste bei Bacharach am Rhein, Ausflugsziel vieler Schaulustiger